



Makroausblick 2026

Volkswirtschaft

Jan — Feb — Mär — Apr — Mai — Jun — Jul — Aug — **Sep** — Okt — Nov — Dez

Wichtige Informationen und Hinweise

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei dieser Information und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebene Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die zukünftige Wertentwicklung eines Investments unterliegt unter Umständen der Besteuerung, die von der persönlichen Situation des Anlegers abhängig ist und sich zukünftig ändern kann. Renditen von Anlagen in Fremdwährung können aufgrund von Währungsschwankungen steigen oder sinken. Mit dem Kauf, dem Halten, dem Umtausch oder dem Verkauf eines Finanzinstruments sowie der Inanspruchnahme oder Kündigung einer Wertpapierdienstleistung können Kosten entstehen, welche sich auf die erwarteten Erträge auswirken. Bei einem Fondsinvestment werden stets Anteile an einem Investmentfonds erworben, nicht jedoch ein bestimmter Basiswert (z.B. Aktien an einem Unternehmen), der vom jeweiligen Fonds gehalten wird. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Wichtige Hinweise und Informationen zu Index-, Marktdaten und ESG-Ratings finden Sie unter www.berenberg.de/rechtliche-hinweise/lizenzhinweise/. Wir weisen darauf hin, dass frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung sind und dass Depotkosten entstehen können, die die Wertentwicklung mindern. Zur Erklärung verwandter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung. Das in dieser Unterlage verwendete Bildmaterial dient ausschließlich zu illustrativen Zwecken. Es stellt keinen Bezug zu spezifischen Produkten, Dienstleistungen, Personen oder tatsächlichen Situationen her und ist nicht als Grundlage für Entscheidungen oder Handlungen zu verstehen.

Datum 14.09.2026

Das große Bild



Konjunktur und Wachstum: Die Weltkonjunktur und -inflation hängen weiterhin maßgeblich davon ab, wie sich die Lage im Nahen Osten entwickelt. Zwar hat US-Präsident Trump kein Interesse an einem langen Krieg und steigenden Preisen im Inland. Aber da der Iran eine harte Linie eingeschlagen hat, bleibt die Straße von Hormus weitgehend gesperrt. Der Vormarsch der mit dem Iran verbündeten Huthis am Roten Meer bedroht zudem die Schifffahrt dort. Insgesamt ergibt sich für den Rest des Jahres 2026 daher ein gemischtes Bild. Auf der einen Seite stehen zahlreiche wirtschaftliche, finanzielle und (geo-)politische Risiken. Die hohen Energiekosten und die steigenden Zinsen lasten auf Verbrauchern und Unternehmen. Auf der anderen Seite stützt die Fiskalpolitik in Deutschland und den USA weiterhin die Konjunktur. Die US-Investitionen werden derzeit zudem von einem KI-Boom angetrieben. Mittelfristig werden die protektionistische Handelspolitik und die restriktive Einwanderungspolitik zu einem geringeren Trendwachstum in den USA führen. China kämpft derweil weiterhin mit Problemen im Immobiliensektor und der schlechten Stimmung der Verbraucher. Nachdem Europa das erste Halbjahr erfreulich gut gemeistert hat, werden die höheren Energiepreise die Konjunktur im Herbst und Winter spürbar bremsen. Eine Korrektur der Energiepreise und hohe Fiskalausgaben können die Konjunktur danach kräftig beleben bis hin zu einem Mini-Boom im Jahr 2028.



Inflation: Die neue Eskalation im Krieg um die Straße von Hormus und der Vormarsch der Huthis im Jemen haben die Energiepreise weiter nach oben katapultiert. Kurzfristig wird die Inflationsrate auf beiden Seiten des Atlantiks mit gut 3% deutlich erhöht bleiben, bis die Straße von Hormus wieder weitgehend offen ist. Danach kann die Inflation in Europa bei wieder sinkenden Öl- und Gaspreisen bis Ende 2027 wieder auf etwa 2% zurückgehen. Mittelfristig werden auf beiden Seiten des Atlantiks strukturelle Gründe wie der Arbeitskräftemangel und Investitionen in Klimaneutralität für etwas mehr Inflationsdruck sorgen. Langfristig dürfte die Inflation sich bei etwa 2,5 % statt bei 2 % einpendeln.



Geldpolitik: Der Inflationsdruck wird die Federal Reserve (Fed) voraussichtlich veranlassen, ihre Leitzinsspanne bald von derzeit 3,50–3,75 % um 0,25 Prozentpunkte anzuheben. Obwohl es in Europa bisher keine Anzeichen für eine Preis-Lohn-Spirale oder andere Zweitrundeneffekte der hohen Energiepreise gibt, wollen auch die Notenbanken in Europa ihre Geldpolitik straffen. Wir erwarten, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins im Dezember erneut um 25 Basispunkte anheben wird, mit einem Risiko, dass sie bereits im Oktober handeln könnte. Langfristig dürfte sich der Einlagensatz der EZB bei 3% einpendeln. Auch die Bank of England (BoE) wird ihre Geldpolitik vermutlich im November um 0,25 Prozentpunkte straffen.



Zinsen: Die Sorge um eine anziehende Inflationsrate aufgrund des Irankrieges hatte die Renditen von Staatsanleihen deutlich steigen lassen. Angesichts der hohen Staatsausgaben sowie der strukturell höheren Inflation in Europa und den USA erwarten wir mittelfristig, dass die Renditen hoch bleiben, auch wenn ein Ende des Irankrieges kurzfristig zu einem Rückgang führen dürfte.

Makroökonomischer Blick auf die Welt



Eurozone

Der neue Energiepreis-Schock wird das Wachstum in Europa dämpfen. Der strukturelle Rückenwind für die Eurozone bleibt jedoch tendenziell bestehen. Sobald die Straße von Hormus wieder teilweise geöffnet ist, wird auch das Wachstum wieder anziehen. Denn die Fiskalpolitik ist in weiten Teilen der Eurozone weiterhin expansiv und der Arbeitsmarkt ist weitgehend stabil. Sorgen bereitet hingegen auch langfristig die geringere Nachfrage aus den USA und China. Bei wieder rückläufigen Energiepreisen könnte das Wachstum nach dem aktuellen Dämpfer im Laufe des Jahres 2027 wieder kräftig anspringen. Für 2028 rechnen wir sogar mit einem Mini-Boom.



USA

Derzeit profitieren die US-Investitionen zwar von einem KI-Boom. Mittelfristig werden jedoch höhere Einfuhrzölle, Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder und eine geringere Zuwanderung unter Trump das Trendwachstum in den USA schwächen. Das Haushaltsdefizit verharrt bei rund 6 % des BIP, während der Schuldenstand weiter rasch ansteigt. Die US-Notenbank befindet sich derzeit in einer schwierigen Lage: Die Inflationsrate notiert seit März 2021 über dem 2-Prozentziel der Fed. Obwohl die Währungshüter die Konjunktur nicht durch höhere Zinsen belasten wollen, dürfte die Fed ihre geldpolitischen Zügel bald etwas anziehen.



Deutschland

Der Iran-Krieg und die hohen Energiepreise werden die deutsche Wirtschaft im Herbst belasten. Das umfangreiche Fiskalpaket kommt zwar zunehmend in der Wirtschaft an, wird aktuell jedoch vom Irankrieg überlagert. Neben den externen Faktoren gibt es aber auch noch diverse strukturelle Probleme. Es ist daher erfreulich, dass sich die Bundesregierung auf ein umfassendes Reformpaket verständigt hat. Wird dieses ohne große Abstriche umgesetzt, wäre dies ein deutlicher Schritt, um Deutschland als Investitionsstandort wieder attraktiver zu machen.



China

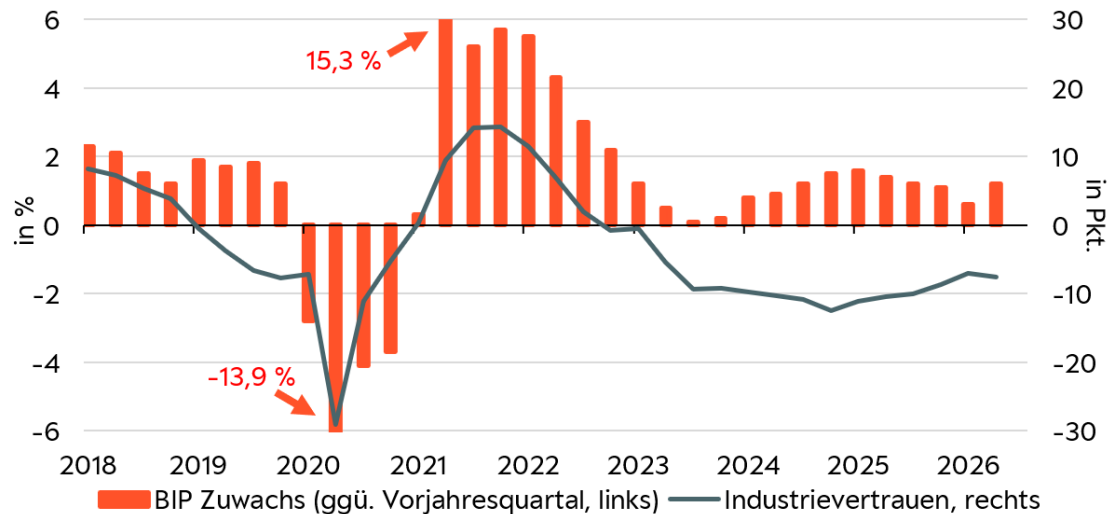
Auch vier Jahre nach dem Platzen der Immobilienblase ist die chinesische Gesellschaft noch immer verunsichert. Dies belastet den privaten Verbrauch ebenso wie die Investitionen. Die Regierung bemüht sich, mit Stimuli gegenzusteuern. Während die Binnennachfrage weiterhin schwach ist, versucht Peking bei den Ausfuhren mit hohen Subventionen und einer unterbewerteten Währung Weltmarktanteile zu kaufen. Trotz einiger positiver Zeichen ist jedoch ein deutlicher Aufschwung nicht zu erkennen. Auch für die kommenden Jahre rechnen wir mit für China niedrigen Wachstumsraten, die sich Richtung 4 % bewegen.

Eurozone

Euro-Konjunktur trotzts bisher dem Iran-Krieg

- Die Eurozone ist im zweiten Quartal um 0,6 % im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Auch ohne das volatile Irland – das im zweiten Quartal ein Wachstum von 10,2 % verzeichnete nach einem Einbruch von 7,8 % zum Jahresbeginn – konnte die Eurozone ebenso wie im ersten Quartal um 0,3 % zulegen. Besonders stark war das Wachstum erneut in Spanien (0,7 %) und Portugal (0,8 %). Auch Deutschland trug mit 0,3 % zum Wachstum der Eurozone bei.
- Die Stimmungsindikatoren deuten zwar darauf hin, dass die Konjunktur in der Eurozone gut in das dritte Quartal gestartet ist. Allerdings dürfte der sprunghafte Anstieg der Energiepreise im August und September die Konjunktur im weiteren Jahresverlauf erheblich belasten. Bei wieder rückläufigen Energiepreisen könnte das Wachstum aber wieder kräftig anspringen. Wir erwarten das für das Frühjahr 2027.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen

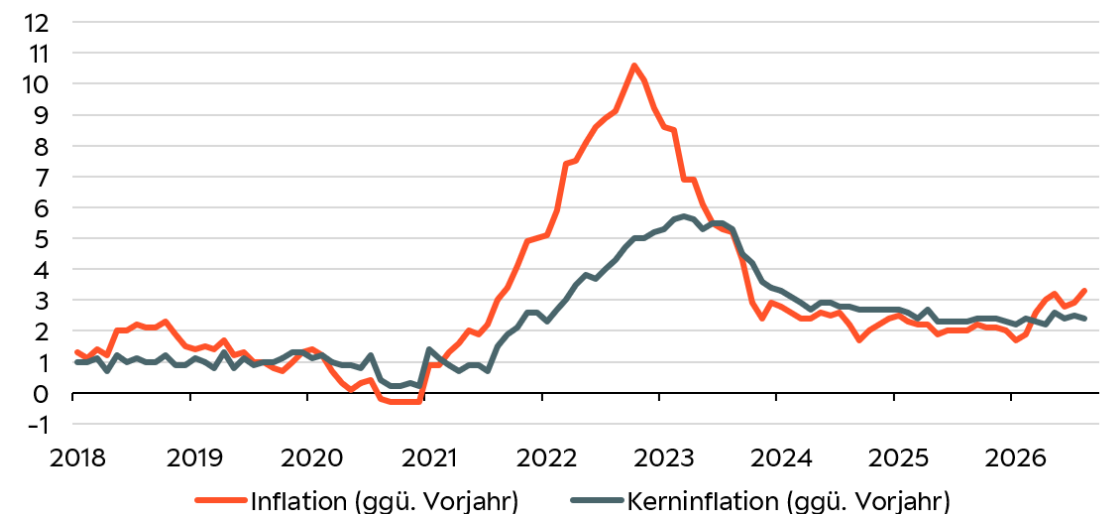


Zeitraum: 01/2018 – 06/2026

Lohndruck nimmt ab – aber EZB strafft dennoch ihre Geldpolitik

- Die Inflation in der Eurozone ist im August von 2,9 auf 3,3 % gestiegen. Hauptgrund waren die erneut gestiegenen Energiepreise mit +14,3 % gegenüber dem Vorjahr. Dagegen hat die Dienstleistungsinflation von 3,3 % auf 3,0 % nachgelassen. Bisher gibt es keine Anzeichen, dass die höheren Energiepreise eine Preis-Lohn-Spirale auslösen könnten. Stattdessen nimmt der Lohndruck leicht ab. Die weitere Entwicklung hängt insbesondere von den Energie- und Nahrungsmittelpreisen ab.
- Am 10. September hat die EZB den Einlagesatz um 0,25 Prozentpunkte auf 2,5 % angehoben. Die EZB hat damit gezeigt, dass sie auch ohne hausgemachten Inflationsdruck auf höhere Energiepreise reagiert. Das deutet darauf hin, dass sie nach der erneuten Eskalation im Nahen Osten am 17. Dezember oder bereits am 29. Oktober ihre Leitzinsen erneut anheben wird.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



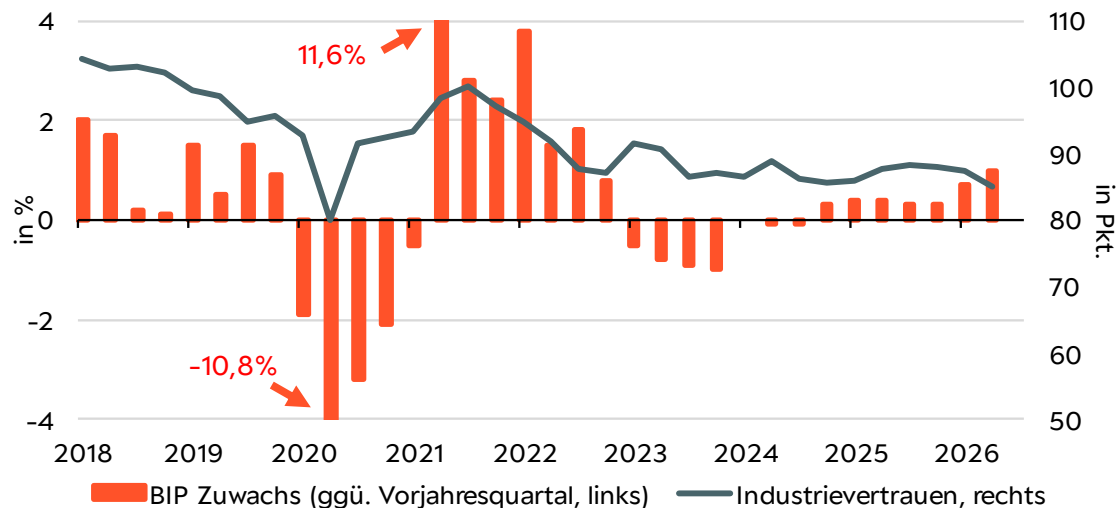
Zeitraum: 01/2018 – 08/2026

Deutschland

Solides Wachstum trotz Energiepreisschock

- Trotz der hohen Energiepreise infolge des Iran-Kriegs ist die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal um 0,3 % im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Zudem wurden die Wachstumsraten der beiden vorangegangenen Quartale nach oben korrigiert, sodass das Wachstum im Vergleich zum Vorjahr im zweiten Quartal bei soliden 1,0 % lag. Stützend wirkten insbesondere die Ausfuhren. Deutsche Exporteure profitieren offenbar davon, dass ihre internationalen Konkurrenten – vor allem in Asien – noch stärker von den hohen Energiepreisen betroffen sind.
- Die Stimmungsindikatoren für August fielen durchweg positiv aus. Die erneute Eskalation im Iran-Krieg könnte die Stimmung jedoch wieder trüben. Nach einem Rückschlag im Herbst und Winter könnte die deutsche Wirtschaft aber bei dann wahrscheinlich rückläufigen Ölpreisen in den kommenden Jahren solide wachsen.

Deutsches BIP und ifo-Geschäftsklima

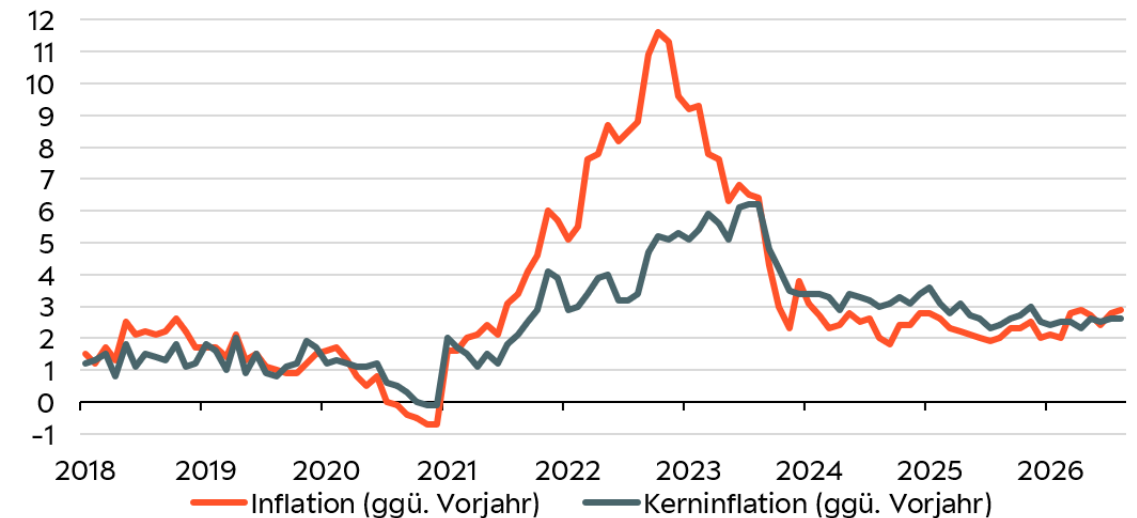


Zeitraum: 01/2018 – 06/2026

Inflation steigt, Sommerdürre trägt dazu bei

- Die EU-harmonisierte Inflationsrate ist in Deutschland im August auf 2,9 % gestiegen. Wie erwartet war dieser Anstieg primär auf die im Vergleich zum Vorjahr um 10,5 % gestiegenen Energiepreise zurückzuführen. Zurückzuführen ist dies darauf, dass die globalen Ölpreise im Zuge der Eskalation im Iran-Krieg wieder stark angestiegen sind.
- Die künftige Entwicklung der Gesamtinflation wird weitgehend von den Energiepreisen bestimmt werden. Darüber hinaus stellt auch die Hitzewelle im ein Inflationsrisiko dar. Die zwischenzeitlich sehr niedrigen Wasserstände in den deutschen Flüssen haben Lieferketten gestört. Auch die Sommerdürre könnte zu Ernteeinbußen führen und viele Lebensmittelpreise steigen lassen.

Deutschland harmonisierte Inflation (ggü. Vorjahr)



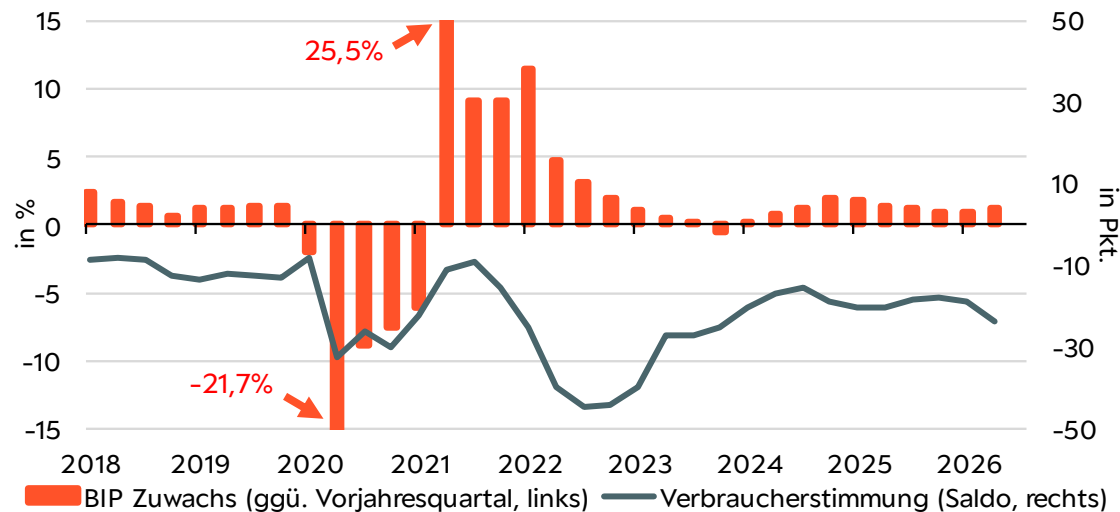
Zeitraum: 01/2018 – 08/2026

Großbritannien

Britische Wirtschaft robuster als erwartet

- Das solide Wachstum des britischen BIP um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal im zweiten Quartal bestätigt, dass Großbritannien den Anstieg der Energiepreise und Hypothekenzinsen bisher besser überstanden hat als erwartet. Auch im Juli konnte die Wirtschaftsleistung weiter zulegen.
- Der kräftige Anstieg der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zeigt, dass der Ausbau der für den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) erforderlichen Rechenleistung die Unternehmensinvestitionen angekurbelt hat. Das solide Wachstum trotz stagnierender Beschäftigung deutet auf ein Produktivitätswachstum hin. Allerdings dürften die hohen Energiekosten die Konjunktur im Herbst und Winter zeitweilig dämpfen.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)

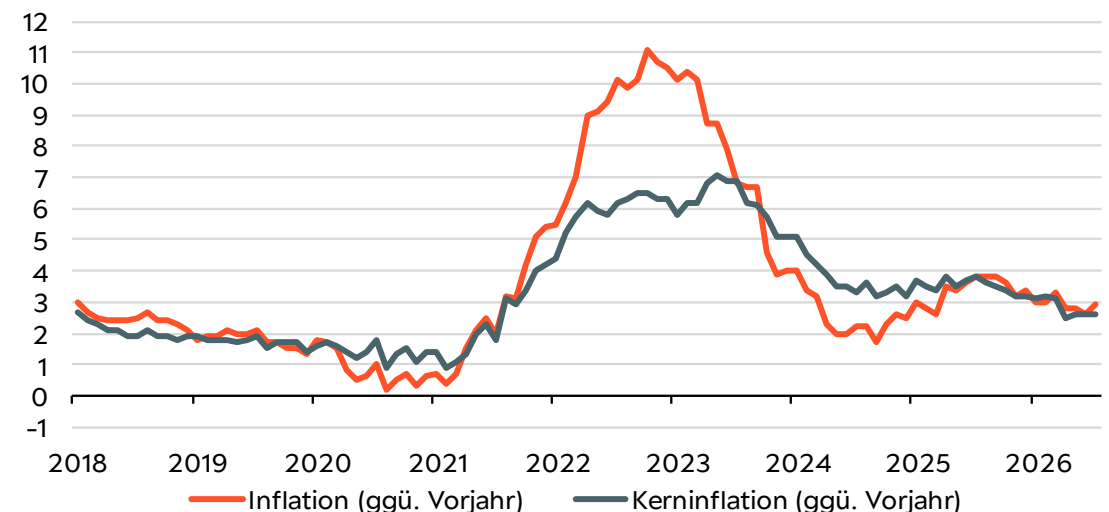


Zeitraum: 01/2018 – 06/2026

BoE: erst nach oben, später nach unten

- Bei ihrer Sitzung am 30. Juli hat die Bank of England (BoE) den Leitzins bei 3,75 % belassen. Sie hat dies damit begründet, dass weiterhin keine Zweitrundeneffekte des Energiepreisschocks – also Lohnsteigerungen, um die Inflation auszugleichen – zu beobachten sind. Abgesehen von den Energiepreisen scheint der Inflationsdruck gering: Der Arbeitsmarkt ist eher schwach und der Lohndruck daher niedrig.
- Allerdings sind die Energiepreise zuletzt erneut spürbar gestiegen. Deshalb dürfte die BoE genötigt sein, ihren Leitzins im November um 0,25 Prozentpunkte anzuheben. Sollte der Energiepreisschock im kommenden Jahr erwartungsgemäß wieder nachlassen, könnte die BoE sogar den Leitzins gegen Ende 2027 wieder senken.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



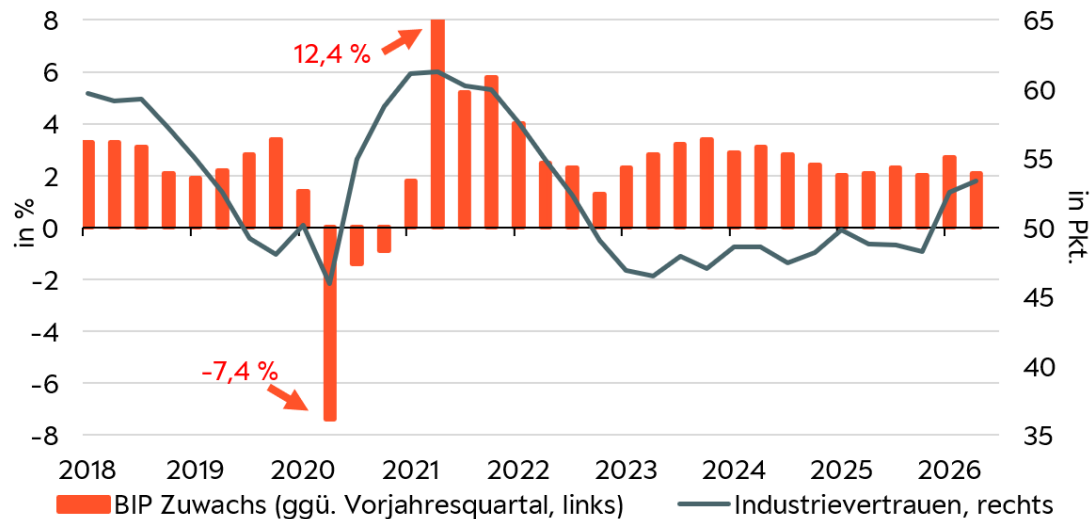
Zeitraum: 01/2018 – 07/2026

USA

Wackeliges Wachstum in den USA

- Die US-Wirtschaft ist im zweiten Quartal auf das Jahr hochgerechnet um 1,5 Prozent gewachsen und damit deutlich weniger als vom Konsens erwartet. Zwar haben Unternehmen viel im Bereich der künstlichen Intelligenz investiert, doch da sie die hierfür benötigten Teile häufig aus Asien importieren, profitiert das Wachstum hiervon kaum. Stützend wirken hingegen der Konsum und die vermehrten Ausfuhren von Öl und Gas, um die Lieferausfälle aus dem Nahen Osten auszugleichen.
- Wie lange die US-Verbraucher die US-Wirtschaft noch tragen können, ist fraglich. Ihre Ersparnisse haben zuletzt stark abgenommen. Wir rechnen insgesamt damit, dass sich die US-Konjunktur in den kommenden Quartalen nicht spürbar beleben wird. Hohe Ölpreise, Zölle, politische Unsicherheit und die strikte Einwanderungspolitik unter Präsident Trump belasten die Wachstumsaussichten.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex

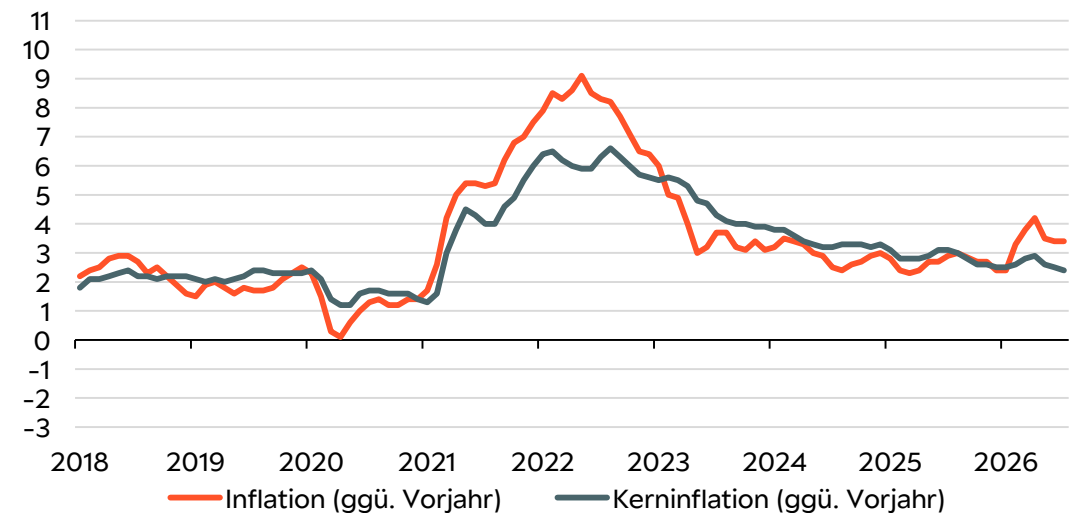


Zeitraum: 01/2018 – 06/2026

Inflation weiterhin zu hoch

- Die Inflationsrate verharrte im August bei 3,4 %. Die Kerninflation ohne Energie- und Nahrungsmittel sank dagegen leicht von 2,5 auf 2,4 %. Nach einer Schwäche im Juli hat sich der Arbeitsmarkt im August stabilisiert mit einem Zuwachs von 126.000 Stellen.
- Für die Fed bedeutet dies, dass eine striktere Geldpolitik wahrscheinlicher wird. Vermutlich wird sie bereits am 16. September ihre Leitzinsspanne um 0,25 Prozentpunkte auf dann 3,75–4,0 % anheben. Der neue Vorsitzende der Fed, Kevin Warsh, würde damit auch zeigen, dass er sich nicht dem Druck von US-Präsident Trump für niedrigere Zinsen beugen wird. Die Fed bleibt unabhängig.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



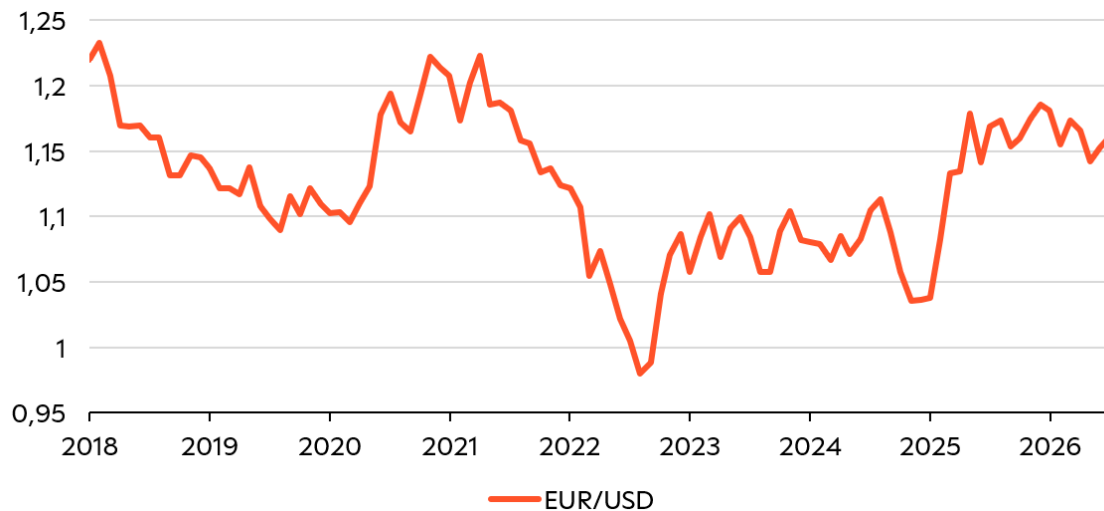
Zeitraum: 01/2018 – 08/2026

Marktentwicklung

Zwischenzeitlicher Rückenwind für den Greenback

- Der Dollar konnte zuletzt gegenüber dem Euro wieder etwas Boden gutmachen. Unter anderem ließen die Aussicht auf höhere Leitzinsen der Fed und die Flucht in den sicheren Hafen Dollar den Greenback erstarren.
- Wir glauben jedoch, dass keiner dieser Faktoren langfristig Bestand haben wird. Sollte sich die Lage im Nahen Osten spätestens im kommenden Jahr erwartungsgemäß entspannen, sinken die Inflationsgefahren und damit auch die Aussichten auf höhere Leitzinsen der Fed im kommenden Jahr. Zudem gehen wir davon aus, dass sich die Konjunktur in den USA in der zweiten Jahreshälfte nicht beleben wird. Höhere EZB-Zinsen könnten den Euro stützen. Zum Jahresende rechnen wir daher mit einem Wechselkurs von 1,20 Dollar pro Euro.

Wechselkurs EUR/USD

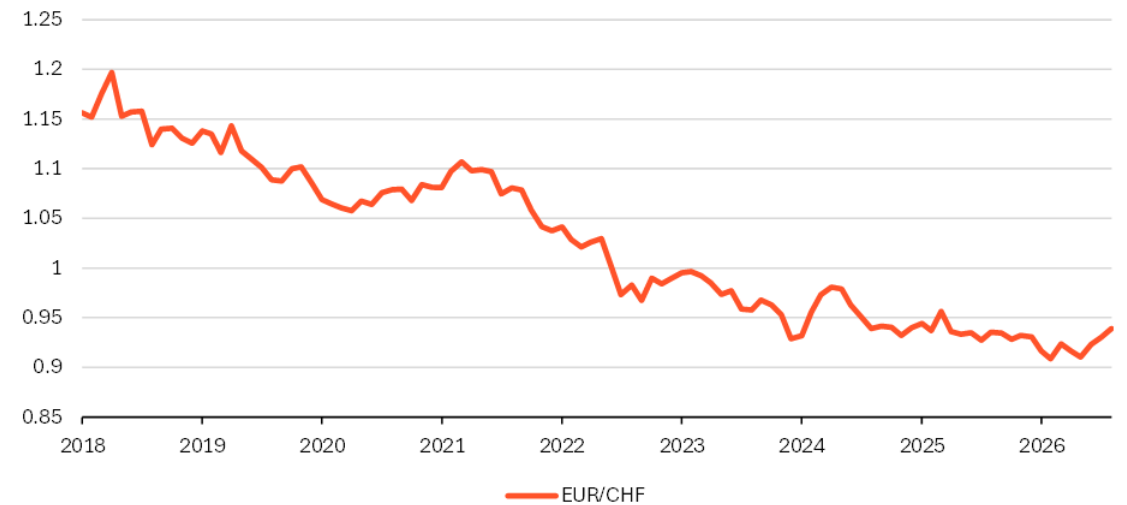


Zeitraum: 01/2018 – 09/2026

Energiepreisschock trifft die Schweiz weniger hart als Deutschland

- Die Aufwertung des Schweizer Franken als sicherer Hafen zu Beginn des Irankrieges hat den Energiepreisschock für die Schweiz abgeschwächt. Die Energieeinfuhren werden in Dollar abgerechnet, wodurch der starke Franken dämpfend wirkte. Zudem deckt die Schweiz den Energiebedarf größtenteils aus der heimischen Atom- und Windenergie.
- Der erneute Anstieg der Energiekosten auf den Weltmärkten hat allerdings die Inflation in der Schweiz im August auf 0,8 % gegenüber Vorjahr angehoben. Da die EZB ihre Geldpolitik stärker strafft als die Schweizer Nationalbank, erwarten wir trotz des Status der Schweiz als sicherer Hafen in unruhigen Zeiten, dass der Wechselkurs des Franken zum Euro weitgehend seitwärts tendiert.

Wechselkurs EUR/CHF



Zeitraum: 01/2018 – 09/2026

Kapitalmarktprognosen

			Aktuell	Prognose	
			17.08.2026	31.12.2026	30.06.2027
Aktienmärkte	USA	Top 500 US-Aktien*	2.771	2.887	2.978
	Europa	DAX	25.425	26.000	27.000
		EURO STOXX 50	6.267	6.500	6.700
		MSCI Großbritannien	3.039	3.100	3.200
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	3,50-3,75	3,75-4,00	3,75-4,00
		10 Jahre	4,96	4,80	4,90
	Euroland	Einlagesatz	2,50	2,75	2,75
		10 Jahre**	3,53	3,30	3,40
	Großbritannien	Bank Rate	3,75	4,00	4,00
		10 Jahre	5,38	5,00	4,70
Währungen	USA	EUR/USD	1,15	1,20	1,24
	Schweiz	EUR/CHF	0,94	0,94	0,94
	Großbritannien	EUR/GBP	0,86	0,88	0,88
	Japan	EUR/JPY	178	186	186

Wirtschaftliches Umfeld

	Anteil	BIP-Wachstum				Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
		2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Welt*	100.0	2.6	2.5	2.4	2.4												
USA	26.4	2.1	1.9	1.6	1.5	2.7	3.2	2.5	2.7	4.3	4.2	4.1	4.0	-5.8	-6.3	-6.5	-6.5
China	16.9	5.0	4.5	4.4	4.1	0.1	1.2	1.3	1.6	5.1	5.2	5.0	5.0	-7.9	-8.2	-8.4	-8.2
Japan	3.6	1.2	0.9	0.9	1.0	3.2	1.8	2.0	1.7	2.5	2.5	2.5	2.5	-3.5	-3.3	-2.8	-2.4
Indien	3.5	6.5	6.5	6.3	6.3									-4.4	-4.3	-4.2	-4.1
Lateinamerika	6.1	2.5	2.4	2.3	2.3									-4.0	-3.8	-3.6	-3.3
Europa	24.5	1.3	1.2	1.3	1.7												
Eurozone**	14.8	1.0	1.1	1.1	1.7	2.1	2.9	2.6	2.0	6.3	6.4	6.1	5.9	-2.9	-3.6	-3.4	-3.0
Deutschland	4.2	0.3	0.9	0.8	1.6	2.3	2.8	2.5	2.0	3.7	4.0	4.0	3.7	-3.0	-3.7	-3.7	-3.1
Frankreich	2.8	0.9	0.4	0.8	1.4	0.9	2.2	2.4	2.0	7.7	8.3	8.5	8.4	-5.1	-5.3	-4.8	-4.4
Italien	2.1	0.7	0.9	0.6	1.0	1.6	2.7	2.5	2.0	6.0	5.6	5.8	5.7	-3.1	-3.1	-2.7	-2.5
Spanien	1.6	2.8	2.6	2.1	2.5	2.7	3.7	2.9	2.2	10.5	10.1	9.5	9.1	-2.4	-2.9	-2.5	-2.4
Portugal	0.3	1.9	2.1	1.8	2.4	2.2	3.2	3.0	2.1	6.0	5.7	5.6	5.5	0.7	-0.2	0.0	-0.7
Weiteres Westeuropa																	
Großbritannien	3.3	1.3	1.3	1.3	1.8	3.4	3.1	2.5	1.8	4.9	5.0	5.2	4.8	-4.9	-3.8	-3.3	-2.8
Schweiz	0.8	1.4	1.1	1.2	1.6	0.2	0.7	1.0	0.9	2.8	3.1	3.0	2.9	0.5	0.2	0.2	0.3
Schweden	0.5	1.7	2.0	2.0	2.2	0.7	0.9	2.2	2.0	8.9	8.5	7.8	7.6	-1.3	-2.5	-2.1	-2.0
Osteuropa																	
Russland	2.0	1.0	0.6	0.7	0.8	8.7	7.0	6.5	5.0	2.2	2.3	2.4	2.6	-2.6	-3.0	-3.0	-2.8
Türkei	1.2	3.6	3.0	2.8	2.7	35.2	32.0	24.0	19.0	8.4	8.5	8.5	8.5	-2.9	-3.7	-3.5	-3.5

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

*Zu tatsächlichen Wechselkursen, nicht Kaufkraftparität (KKP). KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen. Anteile nach BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook

11 2025 ** Ohne das volatile Irland. Mit Irland lag das BIP-Wachstum in der Eurozone 2025 bei 1,3 % für 2025. Für 2026 ergäbe sich 1,0 %.

BERENBERG

